

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Genossinnen und Genossen,

Danke das so viele heute gekommen sind, trotz der Hetze die der Friedensbewegung teilweise in der Presse und von Seiten der Regierung entgegen schlägt. Doch der Kampf für den Frieden wird jeden Tag wichtiger.

Deutschland rüstet auf und führt durch Auslandseinsätze, Wirtschaftskrieg und Waffenexporte faktisch Krieg und trägt damit auch zur weiteren Eskalation der Kriege in Gaza und der Ukraine bei. Die Gefahr für einen dritten Weltkrieg steigt immer weiter.

Das bekommen wir als arbeitende und lernende Jugend auch hier an der Heimatfront zu spüren, denn wir sollen widerstandsfähiger, ja sogar wehrfähig werden. In den Schulen ist es Jugendlichen teils verboten offen über den Konflikt in Palästina zu sprechen, was die ‚richtige‘ Position zu diesem Krieg ist wird zentral vorgegeben.

Auch mit immer mehr Bundeswehrpräsenz und sogenannten Zivilschutzübungen sollen wir Schüler:innen auf einen vermeintlichen Angriff vorbereitet werden. Dabei ist es die NATO die seit Jahrzehnten in der Welt für Chaos, Zerstörung und Leid sorgt und durch die aktuellen Eskalationen einen dritten Weltkrieg provoziert. Kombiniert mit einer immer konkreter werdenden Diskussion um die Wehrpflicht und sogar um Wehrkundeunterricht in den Schulen soll die Jugend kriegstauglich, ja sogar kriegswillig gemacht werden.

Nicht nur in den Schulen wird versucht uns ideologisch auf den Krieg vorzubereiten, an vielen Universitäten wurde und wird die Zivilklausel, ein Bekenntnis dazu nicht für den Krieg zu forschen, angegriffen. 2019 wurde die NRW weite Zivilklausel bereits abgeschafft, Bayern will jetzt so weit gehen die Zivilklausel für jede Uni zu verbieten. Ob an Schule oder Uni, mit Krieg und Bundeswehr wollen wir nichts zu tun haben!

Gleichzeitig trifft uns Jugendliche der Rüstungs- und Kriegskurs der Bundesregierung natürlich im Geldbeutel. Während hunderte von Milliarden für Rüstung über Nacht locker gemacht werden können, herrscht in den Schulen immer mehr Mangel vor allen am Lehrpersonal und durch fehlende Ausbildungsplätze fehlt vielen Jugendlichen eine Perspektive in diesem Land.

Der Widerstand gegen diesen aktuellen Kriegskurs und den gleichzeitigen Sozial- und Demokratieabbau muss sich vor allem gegen die Herrschenden hier in Deutschland richten. Gegen die großen Banken und Konzerne und ihre Regierung!

sDafür reicht es nicht einfach nur alle paar Jahre zu wählen, wir müssen uns organisieren und gemeinsam für den Frieden kämpfen, genau wie wir es heute tun!